

1. III. 1916

37

Stadtverordneten-Versammlung.

Den Vorsitz führt Stadtverordneter Gräß.

Stadtverordneter Bielowski verlangt im einen Antrag weitere Maßnahmen zur Beseitigung der Lebensmittelknappheit. In der Begründung weist er auf die Kartoffelnot hin. Vor den Toren Frankfurts in der Wetterau liegen Tausende von Rentnern, Frankfurt aber muss versuchen, Kartoffeln von Schlesien und Ostpreußen zu erhalten. Was die Fleischversorgung betrifft, so könnten die Verbände die Schwierigkeiten auf dem Viehmarkt nicht beseitigen. Die Ausfuhrverbote rings um Frankfurt werden genadeu mittelalterlich. Außer Butterkarten sind Margarine und Fettkarten eine Notwendigkeit. Eine schreiende Ungerechtigkeit ist die enorme Preiserhöhung für Magermilch. — Stadtverordneter Schneider (Vp.) sprach sich für Milchkarten aus und forderte Einführung von Butterverteilungsstellen auch in den Vororten. — Stadtverordneter Wittich (Soz.) meinte begülliglich der Butterkarten, dass bei dem Strichsystem der Händler nicht kontrolliert werden könne. Drei Wurstsorten würden genügen. Der Markt auf dem Heideplatz habe sich bewährt; nach seinem Muster möge man Märkte in allen Stadtteilen einrichten. — Stadtv. Buerose (ndl.) empfahl die Einführung von Brotteilkarten. — Stadtverordneter Dr. Quard (Soz.) hält das geplante Butterkartensystem für völlig systemlos. Warum soll die starke Familie verhältnismäig weniger Butter erhalten als die kinderlose? — Stadtv. Bindewald (Vp.) nahm die Gemüsegärtner gegen den Vorwurf der Preistreiberei in Schutz. Schuld an den hohen Gemüsepreisen hätten die hohen Nachfrage; auch fehle es an Personal zur Bestellung der Felder.

Stadtrat Meckbach teilt mit, dass der Magistrat gegen die süddeutschen Ausfuhrverbote protestiert habe; hoffentlich werden diese Schritte Erfolg haben. Von Hessen kam jetzt wieder Vieh auf den Markt. Auch die bayerische Sperre dürfte nicht aufrecht erhalten werden. Was die Fleischversorgung betrifft, so sind Massschweine eingetroffen. Geplant ist, in Zukunft nur drei Wurstsorten zugulassen. Die Frage der Milchkarte wurde im Magistrat erörtert. Eine Butterkarte nach dem Schema der Brotkarte ist uneinführbar. Volle Sicherheit, das angestrebte Quantum Butter zu erhalten, gibt es nicht, doch ist dies sehr wahrscheinlich. Um die nötigen Vorräte bereit zu haben, wurde das Quantum verhältnismäig gering bemessen. Was die Fettkarte betrifft, so will man erst die Erfahrung mit der Butterkarte abwarten. Von der Fleischkarte wird man wohl absiehen müssen. Über die Nachfrage für Kleingärtner äußerte sich der Redner dahin, dass 2 M. 50 Pfa. für das Ur nicht zu viel seien.

Stadtrat Dr. Nölker, sprach von der Schwierigkeit der Kartoffelbeschaffung. Zudem war der Verbrauch wesentlich gröher, als man vorher annahm. Es ist unmöglich, aus dem Ausland Fett zu beschaffen. Unberücksichtigt ist der Vorwurf, dass das Gewerbe- und Verlebtsamt die Händler gegenüber den Verbrauchern bevorzuge. Seit dem 1. Januar wurden an den diesigen Handel Lebensmittel in Höhe von 5½ Millionen Mark abgegeben. Mit dem Gemüsemarkt auf dem Heideplatz hat man nicht die besten Erfahrungen gemacht; der Versuch hat abgenommen. Brotteilkarten wollte man in den Wirtschaften einführen, man entschloß sich aber förmlich, bei dem einheitlichen System zu bleiben. Man werde aber der Frage nochmals näher treten.

Allsdann wurde der Antrag Bielowski angenommen. Er besagt im wesentlichen, dass der Magistrat erneut die Reichsregierung auf die bedenkllichen Folgen der Preissteigerung hinweisen möge. Man möge Maßnahmen treffen gegen die Spekulation mit Lebensmitteln und die Einbehaltung von landwirtschaftlichen Produkten. Die Ausfuhrverbote der einzelnen Bundesstaaten sollen aufgehoben werden. Bezüglich der Lebensmittelversorgung der Stadt Frankfurt wird Einführung von Butter-, Fleisch- und Milchkarten nach dem Muster anderer Städte gefordert; auch soll nachgeprüft werden, ob sich nicht der Verkauf von städtischen Lebensmitteln in einzelnen Stadtteilen durchführen lässt.

Angenommen wurde ferner der Antrag Buerose, der den Magistrat ersucht, das System der Brotteilkarten einzuführen, wie es schon seit längerer Zeit mit bestem Erfolg in zahlreichen Großstädten, z. B. in Berlin, München, Stuttgart, Köln eingeführt ist. Dieses System soll obligatorisch durchgeführt werden und es soll durch Anschlag in allen Wirtschaften, Gaströßen und Kaffeehäusern darauf hingewiesen werden, dass Brot oder Brötchen nur gegen Brotteilkarten verabsolut werden dürfen.

Einem Antrag, der für unbemittelte Schulentslassene zur Konfirmation und beim Eintritt in Lehrverhältnisse um Beihilfe zur Beschaffung von Kleidungsstücken usw. ersucht, wurde nach kurzer Debatte zugestimmt, desgleichen zum Schluss dem im Dienstag-Wochenblatt mitgeteilten Antrag, dass bei Anschluss des Westens an den Wallzug Frankfurt in diese Anschlussstrecke unmittelbar eingegangen werde.